



Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441  
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail [ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 21. August 2013

## **PRESSEINFORMATION**

### **Finanzierung des Stärkungspaktes nur aus Landesmitteln: Witzel will Essens Nachbarstädte nicht zur Kasse bitten**

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel hat die soeben von der rot/grünen Landesregierung vorgestellten Pläne einer Zwangsumlage zugunsten der Stärkungspaktkommunen und zu Lasten von deren Nachbarstädten scharf kritisiert. Die zusätzliche Finanzspritze für viele Ruhrgebietskommunen solle durch strukturelle Änderungen und Einsparungen beim Land erwirtschaftet und nicht einfach bei Nachbarstädten abkassiert werden.

Witzel befürchtet unnötige Verteilungskämpfe und Klagen aufgrund der neuen Gemeindefinanzierung: „Wir wollen unseren Nachbarn nichts wegnehmen, denn darunter leidet auch die finanzielle Handlungsfähigkeit in der Region. SPD und Grüne wollen bislang sparsam wirtschaftende Kommunen zukünftig zur Kasse bitten, um die Stärkungspaktmittel zu finanzieren. Diese Umverteilungspolitik ist ausgesprochen unfair und setzt absurde Fehlanreize in der kommunalen Haushaltspolitik.“

Auch wenn die Stadt Essen mit rund 90 Millionen Euro landesweit wie keine zweite Stadt Begünstigte des Stärkungspaktes ist, sollte für deren Hilfen zur Haushaltssanierung das Land und nicht eine Vielzahl benachbarter Kommunen, beispielsweise im Kreis Mettmann, aufkommen müssen und möglicherweise dadurch perspektivisch noch selber zu Bedürftigen werden. „Allein die Gemeinden des Nachbarkreises Mettmann müssen 68,4 Mio. Euro aufbringen, damit Essen mit 90 Mio. Euro geholfen wird. Auch das entzieht unserer Region Investitionen, Aufträge und Kapital. Anstatt eine regionale Umverteilung von der linken in die rechte Tasche vorzunehmen, muß das Land für den Stärkungspakt bei sich selbst die Vielzahl der neuen vermeintlichen Wohltaten wie beitragsfreie KiTa, Sozialticket oder Gratisstudium kürzen, anstatt anderen Kommunen immer mehr Geld zu entziehen“, bilanziert Witzel den rot/grünen Raubzug durch die Kommunalfinanzen.

Aus Sicht der FDP ist das Land gefordert, seiner Finanzierungsverantwortung für die Kommunen mit eigener Kraft und Anstrengungen nachzukommen. „Die Städte, die über Jahrzehnte sparsam gewirtschaftet haben, dürfen nun nicht zum Notgroschen der sparunwilligen Landesregierung werden“, ist Witzel überzeugt.

Gemeinsam mit SPD und Grünen hat die FDP im Landtag noch 2011 den Pakt zur Unterstützung notleidender Kommunen bei der Haushaltskonsolidierung aus Landesmitteln auf den Weg gebracht. Auch treten die Liberalen unverändert für die finanzielle Entlastung armer Kommunen ein, die insbesondere im Ruhrgebiet liegen. Die Einführung der neuen Zwangsabgabe für solide wirtschaftende Städte bedeutet aber das unweigerliche Ende dieses Stärkungspaktbündnisses.